



Hochspannungsleitung in Niedersachsen

Facebook

Schärfere Regeln – nächstes Jahr

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) arbeitet an härteren Vorschriften gegen strafbare Hasskommentare auf Facebook. „Es ist denkbar, die rechtliche Verantwortung derjenigen Konzerne gesetzlich auszuweiten, die als Teil ihres Geschäftsmodells die Verbreitung strafbarer Hasskommentare technisch ermöglichen“, sagt Maas. Facebook könnte dann für strafbare Kommentare seiner Nutzer juristisch belangt werden. Derzeit sind soziale Netzwerke nur verpflichtet, solche Kommentare zu löschen, was nur zögerlich geschieht. Maas will sich zudem dafür einsetzen, eine geplante EU-Richtlinie auf Facebook zu erstrecken, derzufolge Mediendienste wie Netflix insbesondere junge Nutzer vor schädlichen In-

halten schützen müssen. „Wir werden in der EU legen müssen, ob wir auch die Betreiber sozialer Netzwerke einbeziehen“, sagt Maas. Er will außerdem erreichen, dass Social-Media-Anbieter mit Beschwerden von Nutzern transparent umgehen: „Eine Lösung kann sein, soziale Netzwerke rechtlich zur Offenlegung verpflichtet, wie viele Beschwerden wegen strafbarer Hasskommentare gekommen haben und wie damit umgegangen.“ Das könnten die Unternehmen ihren Nutzern „nicht nichtssagende Standardworten schicken“, so Maas. Ehe die Gesetzesvorlage in die konkrete Bearbeitung geht, will der Justizminister aber noch einen Abschlussbericht über den Umgang der sozialen Netzwerke mit Hasskriminalität erhalten. Der Bericht soll im März vorliegen. ama

Strommarkt Österreich abklemmen

Die Bundesregierung droht Österreich damit, den Vertrag über den gemeinsamen Strommarkt zu kündigen. Damit eskaliert ein Streit, der seit einigen Monaten zwischen Wien und Berlin über die deutsche Energiewende tobt. Wenn viel Wind- und Solarstrom produziert wird, flutet billiger Strom aus Deutschland die Elektrizitätsnetze der Anrainerstaaten. Der österreichische Umweltminister Andrä Rupprechter hatte eine Allianz dieser Länder angekündigt, weil durch die Billigstromschwemme nicht nur deren Netze durcheinandergerie-

ten, sondern auch eine Energiewende in Österreich erschwert werde (SPIEGEL 41/2016). Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) legte Wien nahe, den gemeinsamen Strommarkt zu verlassen. Am Rande des Treffens der europäischen Handelsminister vergangenen Dienstag in Luxemburg sprach Gabriel mit seinem österreichischen Kollegen Reinhold Mitterlehner, der die Abkoppelung seines Landes vom deutschen Strommarkt erneut ablehnte. Gabriel hatte ihm zuvor bereits per Brief angekündigt, im Notfall den Vertrag einseitig zu kündigen. Dies stehe nun unmittelbar bevor, heißt es aus deutschen Regierungskreisen. gt

Terrorismus GSG 9 gegen IS

Nach den Pannen bei der Festnahme des mutmaßlichen IS-Attentäters Jaber Albakr in Chemnitz fordern Innenpolitiker der Großen Koalition, bei ähnlichen Lagen grundsätzlich die Antiterrorereinheit GSG 9 der Bundespolizei einzusetzen. „Versäumnisse, wie sie in Sachsen zutage traten, sind lebensgefährlich und dürfen sich nicht wiederholen“, sagt

Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Notfalls müsse man die GSG 9 dafür vergrößern. Armin Schuster, Innenexperte der CDU, forderte, die Bundesanwaltschaft müsse „früher Flagge zeigen als bisher“. Damit wären im Regelfall das Bundeskriminalamt und die GSG 9 eingeschaltet. „Man hätte hier klotzen müssen, nicht kleckern“, so Schuster. jös, kno
Lesen Sie zum Fall Albakr auch Seite 50.

Linkspartei Bewegt euch, Genossen!

Nachdem sich rund hundert Politiker von SPD, Linken und Grünen getroffen haben, fordert Ex-Linkspartei-Chef Klaus Ernst seine Genossen zu Kompromissbereitschaft auf. „Meiner Partei rate ich, das als Chance zu begreifen“, sagte Ernst. „In einem rot-rot-grünen Bündnis ließen sich viele unserer Vorstellungen umsetzen: ein höherer Mindestlohn, ein faireres Steuersystem, Verbesserungen bei der Rente.“ Im Gegenzug sei

auch klar, dass die Linkspartei und den Grünen gekommen müsse. „Nur so könnten wir in das Bündnis nicht einsteigen“, das Grundsatzprogramm der Linken umsetzen“, sagte Ernst. „In der Außenpolitik wäre ein Austritt aus der Nato vermutlich nicht setzbar, aber zum Beispiel bei Rüstungsexporten Fortschritte in unserer Zusammenarbeit möglich.“ Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht reagierte verhalten. „Rot-Rot-Grün-Treffen überraschend“, sagte sie. Der SPD-Chef Sigmar Gabriel



Ernst, Wagenknecht

geschaut. „Es ist richtig, miteinander reden“, sagte Wagenknecht. „Aber es ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam bewältigen müssen.“ Sie aber: SPD-Chef Sigmar Gabriel hat sich nicht geäußert. „Ich erkenne ihre Politik zu ä-